

LINKE & Piraten-Fraktion Brühl, Rathaus, Fraktionsvorsitzender, Eckhard Riedel, Uhlstr. 3, 50321 Brühl

An den Bürgermeister
Stadt Brühl
Dieter Freytag
Rathaus
Uhlstraße 3

50321 Brühl

Eckhard Riedel
Fraktionsvorsitzender
riedel@dielinke-bruehl.de
www.dielinke-bruehl.de

Harry Hupp
Stellvertreter
Fraktionsvorsitzender
harry.hupp@piratenpartei-nrw.de
piratenpartei-bruehl.de

Rathaus Brühl
Uhlstraße 3
50321 Brühl

Telefon 02232 / 79 - 21 55
Telefax 02232 / 79- 21 56

linke+piraten-fraktion@bruehl.de

Brühl, den 10.09. 2015

Antrag zur Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung am 26.10.2015 zu setzen:

Beschlussvorschlag

1. Die Stadt Brühl erklärt gegenüber dem Landesministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter den Beitritt zu der Vereinbarung für eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge.
2. Die Umsetzung der Vereinbarung wird unverzüglich in die Wege geleitet.

Begründung

Der reguläre Zugang zum Gesundheitssystem für Flüchtlinge ist ethisch geboten und kostentechnisch günstiger. Flüchtlinge mit Schmerzen und anderen akuten Beschwerden müssen nicht mehr zuerst Anträge bei der Stadt stellen, was beide Seiten entlastet. Die Gesundheitskarte ermöglicht einen weitgehend diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitssystem und damit auch zu präventiven Behandlungen.

Das Land NRW hat Ende August die landesweite Einführung einer Gesundheitskarte als eine Option beschlossen, der Kommunen einfach beitreten können. Etliche Kommunen haben schon ihren Beitritt erklärt.

Erklärung der Landesregierung zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge

(Link:

<https://3c.gmx.net/mail/client/dereferer?redirectUrl=http%3A%2F%2Fwww.mgepa.nrw.de%2Fgesundheit%2Fversorgung%2FGesundheitskarte-fuer-Fluechtlinge%2Findex.php>)

Nordrhein-Westfalen hat im August 2015 als erstes Flächenland eine Gesundheitskarte auch für Flüchtlinge (G-Karte NRW) eingeführt und schafft damit die Voraussetzungen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen und zur Entlastung der Kommunen. Die Gesundheitskarte ist identisch mit der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für gesetzlich Krankenversicherte.

Mit den Verantwortlichen von Krankenkassen wurde eine entsprechende Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge gegen Kostenerstattung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Verbindung mit dem Sozialgesetzbuch V unterzeichnet.

Folgende Krankenkassen haben bisher die Rahmenvereinbarung unterzeichnet (weitere Kassen können der Rahmenvereinbarung beitreten):

- AOK NordWest
- AOK Rheinland/Hamburg
- Novitas BKK
- Knappschaft
- DAK-Gesundheit
- Techniker Krankenkasse
- Barmer GEK
- IKK classic

Gemeinden entscheiden selbst über die Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Gemeinden in NRW, die sich – in der Regel per Ratsbeschluss – dafür entscheiden, an der Vereinbarung teilzunehmen, erklären ihren Beitritt schriftlich oder per E-Mail gegenüber dem MGEPA:

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Abteilung Gesundheit

Stichwort Gesundheitskarte

Horionplatz 1

40213 Düsseldorf

gesundheitskarte@mgepa.nrw.de

Unter der angegebenen Mail-Adresse können Kommunen sich auch mit Fragen zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge an das MGEPA wenden.

Mit freundlichen Grüßen



Eckhard Riedel
Fraktionsvorsitzender

Gez. Harry Hupp
Stellvertretener Fraktionsvorsitzender